

Vorster Schüler debattieren

Vier Schüler des Georg-Büchner-Gymnasiums haben an dem Debatten-Wettbewerb #mitreden teilgenommen, der von der Rheinischen Post in Kooperation mit dem Energieunternehmen Evonik veranstaltet wird. Es ging um die Frage, ob der Realschultrakt in Büttgen in eine Flüchtlingsunterkunft umgebaut werden soll. Es gab einen überraschenden Sieger.

VON STEPHAN SEEGER

VORST Die Frage, ob der ehemalige Realschultrakt an der Hubertusstraße in Büttgen in eine Flüchtlingsunterkunft umgebaut werden soll, ist politisch bereits beantwortet: Ab der kommenden Woche soll die Schule mit geflüchteten Familien belegt werden. Beim Debatten-Wettbewerb #mitreden, der zum dritten Mal von der Rheinischen Post in Kooperation mit dem Energieunternehmen Evonik veranstaltet wird, ging es am Mittwoch allerdings genau um diese Frage. Debattiert wurde von Oberstufenschülern des Georg-Büchner-Gymnasiums in Vorst. Je zwei Schüler, die zufällig zugelost wurden, argumentierten dabei gegen einen Umbau, ein Schüler und eine Schülerin waren anderer Meinung. Es entstand eine muntere Debatte, bei der es am Ende einen etwas überraschenden Sieger gab.

Als „Expertin“ für die Fakten wurde Bürgermeisterin Ursula Baum eingeladen. Vor der Debatte zeigte sie, wie knapp die Plätze für geflüchtete Menschen in Kaarst sind, welche Unterbringungsformen die Stadt anbietet und wie hoch die aktuelle Zahl an geflüchteten Menschen in den einzelnen Unterkünften ist. Gleichzeitig machte sie noch einmal klar, dass in diesem



Die vier Schüler Max Höfelmeier, Hilla Conrad, Carlo Eckert und Finn Lohe standen sich bei der Debatte am Georg-Büchner-Gymnasium gegenüber. FOTO: BÜNTIG

Jahr mit noch mehr Zuweisungen zu rechnen sei als im vergangenen Jahr: „Das Land NRW rechnet mit weiteren 70.000 geflüchteten Menschen. Die Städte haben kein Recht, Menschen abzuweisen, wir müssen die Zugewiesenen aufnehmen“, so Baum.

Bevor die Debatte startete, sollten die Schüler im Publikum abstimmen, wie sie zu der Flüchtlingsunterkunft an der Realschule stehen. Das Ergebnis vor der Debatte: 81 Prozent waren dafür, 19 Prozent dagegen. Doch das sollte sich während der Debatte ändern. Max Höfelmeier und Hilla Conrad von der Pro-Seite erklärten in ihrem Eingangsstatement, dass das Gebäude an der Hubertusstraße sofort nutzbar und die nötige Infrastruktur vorhanden sei. „Es handelt sich um eine temporäre Lösung, und da dort nur Familien untergebracht werden sollen, wird es keine Ghettoisierung geben“, so Höfelmeier. Zudem würden die Flüchtlinge menschenwürdig untergebracht werden können,

INFO

Debattier-Finale im Düsseldorfer Landtag

#mitreden Die Rheinische Post hat mit #mitreden einen Debatten-Wettbewerb etabliert. Jugendliche sollen sich argumentativ mit Themen auseinandersetzen, die sie betreffen.
Finale In diesem Jahr nehmen acht Schulen an dem Debatten-Wettbewerb teil, die besten vier werden zum Finale in den Düsseldorfer Landtag eingeladen. Der Sieger des Wettbewerbs erhält 5000 Euro, der Zweitplatzierte 3000 Euro, die beiden Halbfinalisten bekommen je 1000 Euro.

anders als beispielsweise in einer Turnhalle.

Die Contra-Seite hielt dagegen. Viele Probleme könnten durch die Nutzung des Realschulgebäudes nicht gelöst werden – „und es wür-

den neue Probleme dazu kommen“, wie Finn Lohe erklärte. Die Nutzung wäre eine zentrale Lösung, die zu einer geringeren Integration führen würde. In Kaarst sind die Menschen derzeit dezentral untergebracht, das würde sich dann ändern. Dann brachte Lohe Tiny-Häuser als Lösungsmöglichkeit ins Gespräch, auf die sich die Debatte vorerst konzentrierte. Diese würden für mehr Privatsphäre als der Hauptschultrakt sorgen, und in Mönchengladbach beispielsweise klappte die Integration besser, weil die geflüchteten Menschen das Gefühl hätten, über Eigentum zu verfügen, auf das sie besser Acht geben als auf fremdes Eigentum. Doch die Errichtung solcher Tiny-Häuser würde viel zu lange dauern und sei nicht gerade nachhaltig, entgegnete Hilla Conrad und Max Höfelmeier. „Wo sollen die herkommen und wo nehmen wir das Geld her?“, fragte Conrad. Die Schülerin ging einige Male auf die Argumente der Gegenseite ein und stellte unbequeme Nachfragen, wo-

für es am Ende ein Lob der Jury gab. Die Jury war generell sehr angegan von der „sehr fairen Debatte“, wie Andrea Dimitrova von Evonik diese bezeichnete. Das Pro-Team habe ihrer Meinung nach zu viel reagiert, während die Gegner seine Argumente hätte besser nutzen können. RP-Politikredakteur Martin Kessler zeigte sich beeindruckt, wie die Schüler aufeinander eingegangen sind. „Ich würde eine Lanze für das Contra-Team brechen, ihr habt sehr gut argumentiert, warum die Schule in Büttgen nicht der richtige Ort für eine Flüchtlingsunterkunft ist.“ Lilli Stegner lobte vor allem, dass die Debattierenden nicht in Populismus verfallen sind bei diesem schwierigen Thema. Und die Debatte hat beim Publikum Wirkung gezeigt, am Ende waren nur noch 53 Prozent für den Umbau, 47 Prozent dagegen. Am Ende konnte das Contra-Team die Debatte mit 76 Prozent deutlich für sich entscheiden. Die Chancen auf einen Platz im Finale stehen ganz gut.

Hundebestandsaufnahme kostet die Stadt Kaarst 36.000 Euro

KAARST (seeg) Die Ankündigung der Stadt Kaarst, in den kommenden Wochen eine Hundebestandsaufnahme in den Haushalten durchzuführen, stößt bei den Bürgern auf Kritik. Bei Facebook ist von „Überwachung“ die Rede, zudem wird die Sinnhaftigkeit dieser Maßnahme im Hinblick auf die schwierige Finanzlage der Stadt infrage gestellt. Denn für die Hundebestandsaufnahme wurde das externe Unternehmen Springer Kommunale Dienste GmbH beauftragt. Auf Nachfrage erklärt Stadtsprecher Peter Böttner, dass die Maßnahme 36.000 Euro kostet. „Die Ergebnisse sollen gemäß politischen Beschluss zum Haushaltsjahr 2025 vorliegen“, so Böttner. Die Entscheidung für die Maßnahme basiert auf einem politischen Beschluss des Stadtrates am 16. Dezember 2021. Es folgte ein Verabereungsverfahren.

Doch bereits jetzt zeichnet sich

ab, dass die Stadt zumindest die Kosten für die Maßnahme wieder reinholt. „Bereits die Ankündigung der erneuten Bestandsaufnahme hat zu einem signifikanten Anstieg der Anmeldungen geführt. Es ist daher erneut davon auszugehen, dass sich der finanzielle Aufwand für diese Maßnahme rechnet, da die Steuererträge in den kommenden Jahren steigen werden“, erklärt Böttner. Zum Vergleich: Die letzte Hundebestandsaufnahme wurde 2012 durchgeführt. In diesem Zusammenhang stieg die Zahl der in Kaarst gemeldeten Hunde um rund 15 Prozent.

Die Hundesteuer in Kaarst ist gestaffelt. Der erste Hund kostet 96 Euro pro Jahr. Bei zwei Hunden steigt die Steuer pro Hund auf 120 Euro im Jahr. Bei drei und mehr Hunden kostet jeder Hund 144 Euro pro Jahr. Die Hundesteuer ist keine Gebühr – somit ergibt sich aus der

Zahlung der Steuer auch kein Anspruch auf zweckgebundene Leistungen. Dies ist bei allen Steuern so. „Die Einnahmen der Steuern dienen der Finanzierung aller Ausgaben“, erklärt Böttner. Die Stadt sei verpflichtet, Steuern gleichmäßig zu erheben, und handelt damit auch im Interesse der bereits registrierten Hundebesitzer. Denn durch die Befragung aller Haushalte werden mögliche Unregelmäßigkeiten – wie beispielsweise nicht angemeldete Hunde – beseitigt.

Mitarbeiter der Firma „Springer Kommunale Dienste GmbH“ werden in den kommenden Wochen sämtliche Haushalte im Stadtgebiet aufsuchen und den vorhandenen Hundebestand durch eine Befragung feststellen. „Die Stadt weist ausdrücklich darauf hin, dass zum Zweck der Befragung die Wohnungen nicht betreten werden dürfen“, sagt Böttner. Die beauftragten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dürfen auch keine Steuern oder Gebühren vor Ort erheben. Alle im Auftrag der Stadt handelnden Personen können sich durch eine von der Stadt ausgestellte Legitimation ausweisen. Diese ist von den Mitarbeitenden der Firma gut sichtbar zu tragen. Sollten im Rahmen der Bestandsaufnahme nicht gemeldete Hunde festgestellt werden, müssen die betroffenen Hundehalter mit einer rückwirkenden Steuerfestsetzung rechnen. Zudem können Bußgelder verhängt werden.

Anspruchsberechtigte Familien werden auch 2024 entlastet

KAARST (seeg) Diese Abstimmung hat Bürgermeisterin Ursula Baum besonders gefreut: Die Mitglieder des Kaarster Stadtrates haben in der letzten Sitzung des vergangenen Jahres einstimmig den Familienhilfeplan für das Jahr 2024 beschlossen. Durch die Leistungen, die im Familienhilfeplan verankert sind, sollen anspruchsberechtigte Familien und Alleinerziehende finanziell entlastet werden. Zudem wird den Kindern so die Möglichkeit gegeben, an Freizeitangeboten teilzunehmen, die sich die Familie sonst nicht leisten könnte.

Anspruchsberechtigt sind Familien, in deren Haushaltsgemeinschaft Kinder bis zum vollendeten 18. Lebensjahr oder im Falle der Schul- und Berufsausbildung sowie Arbeitslosigkeit bis zum vollendeten 27. Lebensjahr leben, wenn Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch, dem Wohngeldgesetz oder dem Asylbewerberleistungsgesetz bezogen werden, das Familieneinkommen unterhalb der aktuellen Werte nach dem Gesetz zur Ermittlung der Regelbedarfe und der Kosten für Unterkunft und Heizung des Rhein-Kreis Neuss liegt, wenn die Familie ein Pflegekind aufgenommen hat oder wenn in der Familie ein Kind mit einem Grad der Behinderung von mindestens 50 Prozent lebt.

Im vergangenen Jahr gab es in Kaarst 56 berechnete Familien, wobei 35 Neuanmeldungen dabei



Anspruchsberechtigte Familien haben auch in diesem Jahr das Recht auf vergünstigten Eintritt beispielsweise im Büttgener Hallenbad. ARCHIVFOTO: SEEG

waren. Zum Jahr 2018 (28 Familien) hat sich die Zahl der berechtigten Familien somit verdoppelt. Im Jahr 2022 waren es noch 35 Familien, die für die Leistungen aus dem Familienhilfeplan berechnungsberechtigt waren. Dagegen ist die jährliche Haushaltsbelastung sukzessive rückläufig, was vor allem auf die stärkere Nutzung der Bildungs- und Teilhabeleistungen zurückzuführen sei, wie die Stadt in einer Vorlage mitteilt. Für das Haushaltsjahr 2023 wurden Mittel in Höhe von 5000 Euro kalkuliert.

Doch welche Leistungen erhalten die Familien und Kinder überhaupt? Für jedes Kind wird halbjährlich eine Zehnerkarte für die Benutzung des Hallenbades in Büttgen ausgeben. Auch der Jahresbeitrag in Sportvereinen wird übernommen,

WhatsApp-Seminar für Unternehmen aus dem Handel

KAARST (seeg) Der Nachrichtendienst WhatsApp gehört zum Alltag der meisten Menschen und auch für Unternehmen wird der Dienst immer attraktiver – sei es, um ihre Waren und Dienstleistungen zu vertreiben oder als Kundenservicekanal. In einem Online-Seminar, zu dem die Kaarster Wirtschaftsförderung einlädt, beantwortet das Mittelstand-Digital-Zentrum Handel unter anderem Fragen dazu, welche Möglichkeiten und Funktionen WhatsApp für Handelsunternehmen bietet oder wie WhatsApp in die Kommunikation integriert werden kann. Zudem geht es darum, welche rechtlichen Angelegenheiten Händler im Blick behalten sollten.

Das Seminar findet am 16. Januar um 8.30 Uhr statt, den Link für die Anmeldung erhalten Interessierte per Mail an wirtschaftsfoerderung@kaarst.de.

Anzeige

kaarst*
Bitte beachten Sie die Bekanntmachung der Stadt Kaarst im Anzeigenteil der heutigen Ausgabe.

Gesprächskreis rund um Demenz

KAARST (seeg) In Kaarst bietet die Alzheimer Gesellschaft Rhein-Kreis Neuss einmal im Monat dienstags von 10 bis 12 Uhr einen Gesprächskreis für Angehörige von Menschen mit Demenzerkrankungen an. Der nächste Termin für das Angehörigentreffen ist Dienstag, 30. Januar. Veranstaltungsort ist die Auferstehungskirche in Kaarst an der Grünstraße 5. Der Zugang zu den Räumen ist barrierefrei, die Teilnahme ist kostenlos. Um vorherige Anmeldung wird gebeten unter der Telefonnummer 02131 222110 oder per Mail an alzheimer-neuss@t-online.de.

Die Stadt Kaarst hat mit der Hundebestandsaufnahme begonnen und bereits erste Nachmeldungen erhalten.
SYMBOLFOTO: DPA

